

## **Jugendvertretungen**

### *1. Denken Sie, die Arbeit von Jugendstadträten ist nützlich bzw. sinnvoll?*

Das Engagement junger Menschen in Gremien wie Jugendstadträten ist in mehrfacher Hinsicht sinnvoll. Zunächst werden Expertise und Erfahrungen der jungen Menschen in politische Entscheidungen eingebunden, so dass diese bedarfsgerechter und näher an der Lebenswelt junger Menschen ausfallen. Als Expert\*innen in eigener Sache können junge Menschen so Politik mitprägen. Mit der Einbindung von Jugendgremien wird Kommunalpolitik demokratischer. Gleichzeitig sind Jugendräte etc. Keimzellen einer demokratischen Gesellschaft, junge Menschen lernen dort im besten Falle den Wert von inhaltlichen Debatten, Argumenten und Kompromissen. Gleichzeitig kann die Teilnahme an solchen Gremien der Beginn einer „politischen Karriere“ in weiteren Gremien und Ämtern sein, weil auch Stadträte, Landkreistage, Landtage und Rathäuser demokratisch gesinnte und geschulte Engagierte benötigen.

### *2. Wie wollen Sie im Falle Ihrer Wahl die Arbeit von Jugendstadträten oder anderen Jugendgremien unterstützen?*

Als Grüne setzen wir uns für ein verbindliches Beteiligungsrecht junger Menschen in der Kommunalverfassung ein. Das wollen wir mit einem entsprechenden Verbandsklagerecht für demokratische Jugendverbände flankieren. Gleichzeitig wollen wir die Beteiligungsrechte junger Menschen auch als leitendes Prinzip in unsere Landesverfassung aufnehmen. Die Mitarbeit und Mitwirkung von Jugendgremien ist über Rede- und Antragsrecht auf kommunaler Ebene verbindlich zu regeln – und im besten Falle über ein eigenes Budget. Kinder- und Jugendbeteiligung ist nicht nur wertzuschätzen, sondern auch mit Ansprüchen und echter „Macht“ zu versehen, sonst verkommt sie zu schnell zu einem bloßen demokratischen Feigenblatt.

### *3. Wenn Sie gewählt werden: Wie möchten Sie während Ihrer Amtszeit mit den Jugendvertretungen und jungen Menschen im Wahlkreis im regelmäßigen Austausch bleiben und deren Anregungen in Ihre politische Arbeit einfließen lassen?*

Mein politischer Alltag findet transparent und nahbar statt, primär auf Instagram (@felix.fugmann). Es gibt dort keine Direktnachricht, die ich nicht persönlich beantworte. Statt auf starre Sprechstunden setze ich auf flexible, wöchentliche Q&A-Formate via Instagram-Story, um genau dort zu sein, wo der Austausch ohnehin stattfindet. Ergänzend dazu plane ich regelmäßige digitale Sprechstunden. Genauso wichtig bleibt aber der direkte Draht: Ich werde mir bewusst Zeit nehmen, Jugendparlamente vor Ort zu besuchen und Einladungen wahrzunehmen, um den echten, ungeschönten Dialog in der Region zu führen. Mein beruflicher Alltag wird im Falle eines Mandats entsprechend angepasst, sodass diese Erreichbarkeit keine leere Versprechung bleibt, sondern verlässliche Praxis ist.

### *4. Wie stellen Sie sicher, dass Sie die Interessen junger Menschen wirklich kennen und vertreten?*

Ich kenne diese Interessen nicht nur aus der Theorie, ich lebe sie. Ich bin 23 Jahre alt, hier aufgewachsen und nach dem Abitur zunächst weggezogen. Nach meiner Rückkehr habe ich die strukturellen Defizite mit eigenen Augen gesehen. Ich pendle heute 50 Minuten mit dem Auto zur Arbeit; mit der Bahn wäre es unzumutbar lang. Viele meiner Freunde sind weggezogen. Unsere ländlichen Regionen bluten bei der Freizeit- und Clubkultur aus. Wer Vielfalt sucht, wird nach Leipzig oder Berlin gezwungen, weil die Angebote vor Ort schwinden und Vereine überaltern. Wenn wir den Osten nicht massiv für junge Leute modernisieren, heißt mit echten Zukunftsjobs, verlässlicher Infrastruktur und lebendigen Freiräumen, verlieren wir eine ganze Generation. Ich vertrete diese Interessen mit absoluter Priorität, weil es schlichtweg meine eigenen sind.

*5. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um die politische Mitbestimmung von Jugendlichen zu stärken?*

Zunächst setzen wir uns für ein Wahlalter ab 14 Jahren ein, um der jungen Generation mit Beginn ihrer Straf- und Religionsmündigkeit auch politisch Gehör zu verschaffen. Länger ist es nicht zu rechtfertigen, Menschen von Wahlen auszuschließen. Auch bei den von uns geforderten Bürger\*innenräten wollen wir Menschen ab Vollendung des 14. Lebensjahrs einbinden, um ihre Perspektive auch dort zu berücksichtigen.

In einem zentralen Lebensort junger Menschen, der Schule, wollen wir die Mitbestimmung über eine stärkere Rolle in der Gesamtkonferenz, einer Stärkung der Rolle der Schüler\*innenvertretungen und ein allgemeines politisches Mandat der Landesschülervertretung insgesamt ausbauen.

*6. Welchen Rat würden Sie Jungen Menschen geben, die sich politisch engagieren möchten?*

Lasst euch niemals einreden, dass ihr „zu jung“ oder „zu unerfahren“ für die Politik seid. Genau da gehören wir hin! Als ich meine Kandidatur bekannt gab, wurde ich an Ostern aus der eigenen Verwandtschaft kritisiert: Ich würde doch noch neben meinen Job studieren, hätte zu wenig Lebenserfahrung und in der Politik deshalb nichts zu suchen. Lasst euch von so etwas nicht aufhalten. Politik ist knallharte Interessensvertretung. Wer, wenn nicht wir jungen Leute selbst, vertritt unsere Interessen am besten? Wir gehören in die Parlamente. Unsere Stimme muss gehört werden, für uns selbst und für all jene, die noch zu jung sind, um selbst gewählt zu werden. Wenn wir es nicht tun, macht es niemand für uns.

**Bildung und Kultur**

*7. Welche Probleme sehen Sie aktuell im Bildungssystem im Wahlkreis und wie wollen Sie diese in der nächsten Legislaturperiode konkret lösen?*

Die Bildungskrise, ausgelöst durch den Lehrkräftemangel, ist eine der größten Herausforderungen, die sich Sachsen-Anhalt stellt. Wir Grünen wollen den massiven Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall in Sachsen-Anhalt bekämpfen. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass:

- 1 Die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt verbessert werden, damit Schulen zu Orten werden, an denen man gerne arbeitet. Dafür fordern wir:
  - Den flächendeckenden Einsatz multiprofessioneller Teams aus Schulsozialarbeiter\*innen, Schulpsycholog\*innen, Gesundheitsexpert\*innen sowie Verwaltungs- und IT-Fachkräften an allen Schulen, um Lehrkräfte von unterrichtsfernen Aufgaben zu entlasten. So können sich Lehrer\*innen sich besser auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren: das Unterrichten.
  - Schulen baulich so anzupassen, dass für alle Lehrkräfte Arbeitsräume zur Verfügung stehen, um dort ihren Unterricht vor- und nachbereiten zu können, ohne auf das Homeoffice angewiesen zu sein.
  - Finanzielle Anreize für Lehrkräfte und Seiteneinsteiger\*innen zu schaffen, die in Mangelfächern oder in strukturschwachen Regionen unterrichten wollen.
  - An Schulen Supervisionsangebote einzuführen, damit Lehrkräfte belastende Situationen professionell aufarbeiten, sich austauschen und Lösungen entwickeln können.
- 2 Die Lehrkräfteausbildung bedarfsgerecht reformiert und praxisnah ausgerichtet wird. Dafür fordern wir:
  - Die Einführung eines Stufenlehramts, das das bisher getrennt nach Schulformen stattfindende Lehramtsstudium ablöst. Statt getrennter Lehrämter für Gymnasien und Sekundarschulen soll ein altersstufenbezogenes Lehramtsstudium geschaffen werden.
  - Das Grundschullehramt zu einem Primarstufenlehramt weiterzuentwickeln, in dem die angehenden Lehrkräfte neben Unterrichtsfächern auch Sonderpädagogik studieren, um die Inklusion insbesondere an Grundschulen zu stärken.
  - Dass neben dem Zwei-Fach-Lehramt auch ein Ein-Fach-Lehramt ermöglicht wird, insbesondere für die Fächer Kunst, Musik, und Sport.

- Das duale Lehramtsstudium auszuweiten und an beiden Universitätsstandorten anzubieten.
  - Zu prüfen, ob an nicht-universitären Hochschulen in Sachsen-Anhalt ebenfalls Lehramtsstudiengänge angeboten werden können.
  - Das Referendariat zu verbessern, indem die Vergütung erhöht und die Begleitung durch erfahrene Lehrkräfte abgesichert wird.
- 3 Der Seiteneinstieg in Sachsen-Anhalt so gestaltet wird, dass er qualitativ hochwertig, fair und attraktiv ist. Dafür fordern wir:
- Dass alle Seiteneinsteiger\*innen von Beginn an an einer verbindlichen, kostenfreien berufsbegleitenden Qualifizierung teilnehmen, die pädagogische, didaktische und psychologische Kompetenzen vermittelt.
  - Dass bereits absolvierte Zertifikatskurse auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden können, um Doppelbelastungen zu vermeiden.
  - Dass der berufsbegleitende Vorbereitungsdienst auch in Teilzeit möglich ist.
  - Dass Seiteneinsteiger\*innen im Schulalltag verbindlich von erfahrenen Mentor\*innen begleitet werden und Mentor\*innen dafür ausreichende Anrechnungsstunden erhalten.
  - Dass Seiteneinsteiger\*innen im ersten Jahr keine Klassenleiter\*innenfunktion übernehmen und keine zusätzlichen außerunterrichtlichen Aufgaben erhalten, damit die Einarbeitung gelingt.
  - Dass Seiteneinsteiger\*innen nach fünf Jahren im Schuldienst und erfolgreicher Qualifizierung die gleiche Bezahlung und die gleichen Aufstiegschancen wie grundständig ausgebildete Lehrkräfte erhalten.
  - Dass ein transparenter und beschleunigter Anerkennungsprozess der vorhandenen Berufs- und Studienabschlüsse verbindlich umgesetzt wird.

*8. Was sind Ambitionen Ihrer Partei im Bildungssektor, etwa beim gesamten Schulsystem oder im Lehrplan?*

Dreh- und Angelpunkt der grünen Bildungspolitik ist der Einsatz für mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Internationale und nationale bildungswissenschaftliche Studien zeigen, dass in Deutschland – auch in Sachsen-Anhalt – der Bildungserfolg der Kinder sehr stark von ihrer Herkunft abhängt. Kommen die Kinder aus benachteiligten Familien, die ein geringes Einkommen oder/und niedrige Bildungsabschlüsse haben, erreichen nach statistischen Erhebungen nicht mal die Hälfte der Kinder grundlegende Mindestkompetenzen in Lesen und Mathematik. Die Chancen auf einen guten Bildungsabschluss sind dadurch viel geringer. In anderen Ländern wie z.B. in Irland ist die Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Einkommen und Bildungsstand der Familie nicht so groß wie in Deutschland. Deswegen setzen wir Grünen uns dafür ein, dass die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem verbessert wird. Das Ziel grüner Bildungspolitik sind Schulen, in denen jedes Kind die Chance auf gute Schulleistungen hat. Dafür fordern wir:

- Kleine Schulen im Schulnetz zu erhalten, insbesondere in ländlichen Räumen.
- Die Grundschule bis zur sechsten Klasse zu verlängern, damit Kinder länger gemeinsam lernen.
- Einen Fonds zur Finanzierung von Nachhilfe für Grundschüler\*innen aus benachteiligten Familien.
- Ein zweigliedriges weiterführendes Schulsystem bestehend aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen. Sekundarschulen wollen wir als Schulform abschaffen.
- Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt durch ein Landesprogramm zu verstetigen und perspektivisch an allen Schulen im Land als Maßnahme gegen die hohen Schulabbruchquoten in Sachsen-Anhalt zu etablieren.
- Inklusive Bildung in Sachsen-Anhalt zu stärken und gemeinsames Lernen in den Schulen in den Vordergrund zu stellen. Als ersten Schritt wollen wir dafür die Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen abschaffen. Danach sollen so viele Förderschulen wie möglich in Regelschulen aufgehen.
- Ganztagsangebote an allen Schulformen flächendeckend und qualitativ auszubauen und sie pädagogisch sinnvoll an den Schulalltag anzupassen. Dafür sollen in die

Ganztagsbetreuung Angebote von Volkshochschulen, Musikschulen, Sportvereinen, Kunst- und Kulturvereinen sowie aus dem Ehrenamt integriert werden, damit alle Kinder unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern Zugang zu kultureller und sportlicher Bildung haben.

- Mehr Möglichkeiten für Gymnasien zu schaffen, zum Abitur nach 13 anstatt 12 Schuljahren zurückzukehren. Durch die Wiedereinführung von G9 erhalten Schüler\*innen mehr Zeit für individuelles Lernen, Persönlichkeitsentwicklung und Engagement im sozialen und kulturellen Bereich.
- Eine Schulbauoffensive für Sachsen-Anhalt, damit Kinder und Jugendliche nicht mehr in kaputten Schulgebäuden unterrichtet werden.

*9. Was planen Sie für mehr Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet und auf Social Media? Wollen Sie ein Social-Media-Verbot?*

Wir Grünen wollen Kinder und Jugendliche im Internet wirksam schützen, ohne sie aus digitalen Räumen auszuschließen. Soziale Medien sind für junge Menschen Orte von Austausch, Information, Zugehörigkeit und Teilhabe. Gleichzeitig sind viele Plattformen so gestaltet, dass sie möglichst lange Aufmerksamkeit binden und Kinder und Jugendliche Hass, Mobbing, Desinformation, Körperdruck und suchtähnlichem Nutzungsverhalten aussetzen. Deshalb wollen wir kein pauschales Social-Media-Verbot, sondern klare Schutzregeln: ein Mindestalter von 14 Jahren für große Social-Media-Plattformen, altersgerechte Funktionen, die Schritt für Schritt hinzukommen und sichere Grundeinstellungen für alle. Riskante Designs wie Autoplay, Endlos-Scrollen und manipulative Belohnungssysteme sollen standardmäßig ausgeschaltet sein, Pausenhinweise dagegen von Anfang an mitlaufen. Altersprüfungen müssen datensparsam, diskriminierungsfrei und grundrechtsschonend erfolgen – ohne Klarnamenzwang und ohne Ausweiszwang für alle. Gleichzeitig wollen wir die europäischen Plattformregeln konsequent durchsetzen, Aufsichtsbehörden stärken und wirksame Sanktionen ermöglichen, wenn große Plattformen ihre Schutzpflichten verletzen. Zentral ist außerdem eine Nationale Strategie für Medienkompetenz: Kinder, Jugendliche, Eltern und Fachkräfte in Kita, Schule, Sportverein und Jugendarbeit brauchen Wissen, Unterstützung und sichere Anlaufstellen. Große Digitalkonzerne sollen über eine Abgabe auf Onlinewerbeumsätze an der Finanzierung beteiligt werden. Ergänzend stärken wir echte Begegnungsorte wie Jugendzentren, Sport, Kultur und offene Kinder- und Jugendarbeit. Unser Ziel ist: Plattformen müssen sich ändern – nicht die Kinder und Jugendlichen.

*10. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Kulturangebote für Jugendliche attraktiver, bekannter, leichter zugänglich und/oder bezahlbarer zu machen?*

Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche kostenfreie Zugänge zu kulturellen Angeboten erhalten. Zudem wollen wir in Sachsen-Anhalt den KulturPass 2.0 einführen, mit dem 18-Jährige einmalig 200 Euro erhalten, die sie für kulturelle Angebote nutzen können. Perspektivisch streben wir an, den KulturPass weiterzuentwickeln, sodass er auch für andere Altersgruppen und sozial benachteiligte Menschen zugänglich wird.

*11. Wie wollen Sie den öffentlichen Nahverkehr für Jugendliche und Auszubildende verbessern? (z.B. günstigere Bus- und Bahn-Tickets)*

Schüler\*innen sollen landeseinheitlich ein subventioniertes Deutschlandticket erhalten, durch das für sie die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs ermöglicht wird. Zudem setzen wir uns für vergünstigte Deutschlandtickets in Höhe von 19 Euro im Monat für Auszubildende, Freiwilligendienstleistende und Menschen mit geringen Einkommen ein. Das Land, die Arbeitgeber und die Kommunen sollen sich hierbei die Kosten gerecht aufteilen. Die kostenlose Mitnahme von Kindern und Jugendlichen soll im Deutschlandticket ermöglicht werden. Den monatlichen Preis des Deutschlandsemestertickets, also das Deutschlandticket für die Studierenden, wollen wir auch auf 19 Euro senken.

## *12. Wie wollen Sie jungen Menschen die Berufswahl und den Berufseinstieg erleichtern?*

Wir setzen uns dafür ein, dass an allen Schulen, unabhängig von der Schulform, eine verpflichtende Berufs- und Studienorientierung für alle Schüler\*innen stattfindet. Angebote wie Schülerpraktika, Praxislertage und die Praktikumsprämie wollen wir stärken und weiter fördern, damit Schüler\*innen sich verschiedene Unternehmen und Berufe schon während der Schulzeit anschauen können, um sich nach dem Schulabschluss leichter für eine Ausbildung oder ein Studium entscheiden zu können.

### **Zukunft in Sachsen-Anhalt**

*13. Wie wollen Sie verhindern, dass junge Leute immer mehr aus Sachsen-Anhalt abwandern? / Wie wollen Sie Sachsen-Anhalt für junge Leute attraktiver machen, bezogen darauf, dass immer mehr junge Menschen in andere Teile Deutschlands abwandern?*

Indem wir junge Menschen von Anfang an in die Entscheidungen in ihrer Kommune, in ihrer Schule, in ihrem Viertel einbinden, stärken wir auch ihre Identifikation mit ihrem Herkunfts- und Geburtsort. Wo ich mitgestalten kann, wo ich nach meiner Meinung gefragt werde, wo ich erkennbar ernst genommen werde, da fühle ich mich zu Hause. Diese Bedingungen dafür, dass Menschen hierzulande heimisch werden, wollen wir konsequent stärken und ausbauen.

*14. Was ist Ihre Zukunftsaussicht in Hinsicht auf die stagnierende Geburtenrate? Wie wollen Sie diesem Problem entgegenreten?*

Dass mit der Zeit immer weniger Kinder geboren werden, ist ein Phänomen, das überall auf der Welt zu beobachten ist. Für Sachsen-Anhalt ist die stagnierende Geburtenrate insofern ein Problem, als in den letzten Jahrzehnten ohnehin mehr Menschen weg- als zugezogen sind. Dafür gibt es zwei Lösungsansätze, die wir beide in die Praxis umsetzen wollen: Erstens müssen wir die Bedingungen für (junge) Familien verbessern, damit Menschen mit Kinderwunsch sich dafür entscheiden, hier zu bleiben und in unserem Land ihr Kind großzuziehen. Niemand soll auf ein Kind verzichten müssen, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Zweitens soll Sachsen-Anhalt ein Land sein, in dem Menschen gerne leben wollen und in das auch Menschen ihren Lebensmittelpunkt verlagern, die vorher anderswo gewohnt haben. In vielen Punkten erfordern diese beiden Ziele dieselben oder ähnliche Maßnahmen, die in ganz unterschiedliche Bereiche fallen:

Infrastruktur & Mobilität: Flächendeckender ÖPNV-Ausbau mit mindestens stündlicher Busanbindung aller Dörfer (ggf. durch On-Demand-Verkehre oder Rufbusse ohne Zusatzkosten und integriert im Deutschlandticket). Einbindung aller Grundzentren in das ÖPNV-Landesnetz. Ausbau von Radwegen entlang von Landes- und Kreisstraßen sowie zuverlässiger Glasfaserausbau als Teil der Daseinsvorsorge.

Wohnen & Ortskerne: Moderne Dorfzentren, die Dorfläden, Co-Working, Carsharing und Veranstaltungsräume bündeln; Erhalt kleiner Grundschulen als „Dorfgrundschulen“; ein Programm „HeimatKita“ mit dem Versprechen, dass die nächste Kindertagesbetreuung in derselben Ortschaft oder maximal 15 Minuten entfernt ist.

Gesundheitsversorgung: Förderung kommunaler Gesundheitszentren und medizinischer Versorgungszentren in der Fläche, Telemedizin sowie Anreizsysteme zur Niederlassung von Fachärztinnen und Fachärzten in strukturschwachen Regionen. Sicherstellung von geburtshilflicher Versorgung überall im Land.

Wirtschaft & Arbeit: Stärkung der Tarifbindung und regionaler Wertschöpfungsketten, Förderung von Handwerk und kleinen Betrieben, Unterstützung von Betriebsnachfolgen und eine gezielte Zuwanderungspolitik zur Fachkräftesicherung sowie die schnelle Integration in Sprachkurse, Arbeit, geordnete Wohnverhältnisse und Weiterqualifizierung.

Kultur, Freizeit & Teilhabe: Ausbau von Begegnungsorten, verlässliche Förderung soziokultureller Zentren auch außerhalb der Städte sowie eine Werbekampagne, die gezielt junge Familien - etwa aus Berlin oder Leipzig, wo das Leben für viele bereits unerschwinglich geworden ist - auf die Vorzüge des Lebens im ländlichen Sachsen-Anhalt aufmerksam macht.

## **Und was ist mit uns?**

### *15. Welche Forderungen haben Sie an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene?*

Meine Forderung ist eigentlich ein Versprechen: Die Politik hat der Jugend nicht zu diktieren, was sie tun soll. Es ist nicht unsere Aufgabe, Forderungen an junge Menschen zu stellen. Unsere Aufgabe ist es, euch alle Türen zu öffnen. Wir müssen in Sachsen-Anhalt die Rahmenbedingungen so verändern, dass es sich wieder lohnt, hier zu bleiben und sich einzubringen. Ich will nicht, dass junge Menschen nur mit dabei sind, wenn über ihre Zukunft entschieden wird. Ich will, dass sie die Diskussionen am Tisch aktiv treiben. Wenn ich also eine einzige Forderung an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene formulieren muss, dann diese: Nutzt die Räume, die wir für euch erkämpfen. Werdet laut, vertrittet eure Meinungen und Ansichten und fordert eure Vorstellungen von einem guten Leben hier in der Region konsequent ein.

### *16. Was ist der größte Unterschied zwischen Ihrer Jugend und der heutigen? (Was war besser/schlechter?)*

Mit 23 Jahren ist meine eigene „Jugend“ noch nicht lange her, aber der Kontrast zu heute ist extrem. Ich erinnere mich an einen Grundoptimismus: Man startete ins neue Jahr mit dem Gefühl „Das wird mein Jahr!“. 2020 wollte ich mit meinen besten Freunden zu meinem 18. Geburtstag nach Prag fahren. Dann kam Corona, und alles fiel ins Wasser. Seitdem sind wir unverschuldet von dieser unbeschwerten Mentalität in einen permanenten Krisenmodus gerutscht von der Pandemie über den Krieg in der Ukraine bis hin zur Inflation und wirtschaftlichen Stagnation. Heute starten viele mit der Hoffnung ins Jahr, dass es „wenigstens nicht noch schlimmer“ wird als das letzte. Meine Jugend war in dieser Hinsicht sorgloser. Aber genau das hat unsere heutige Generation geformt. Wir sind keine Generation der Resignation, wir sind Macher. Wir warten nicht mehr darauf, dass Ältere unsere Probleme lösen, sondern wir fordern unseren Platz an den Tischen ein, an denen die Entscheidungen getroffen werden, um selbst mitzugestalten.